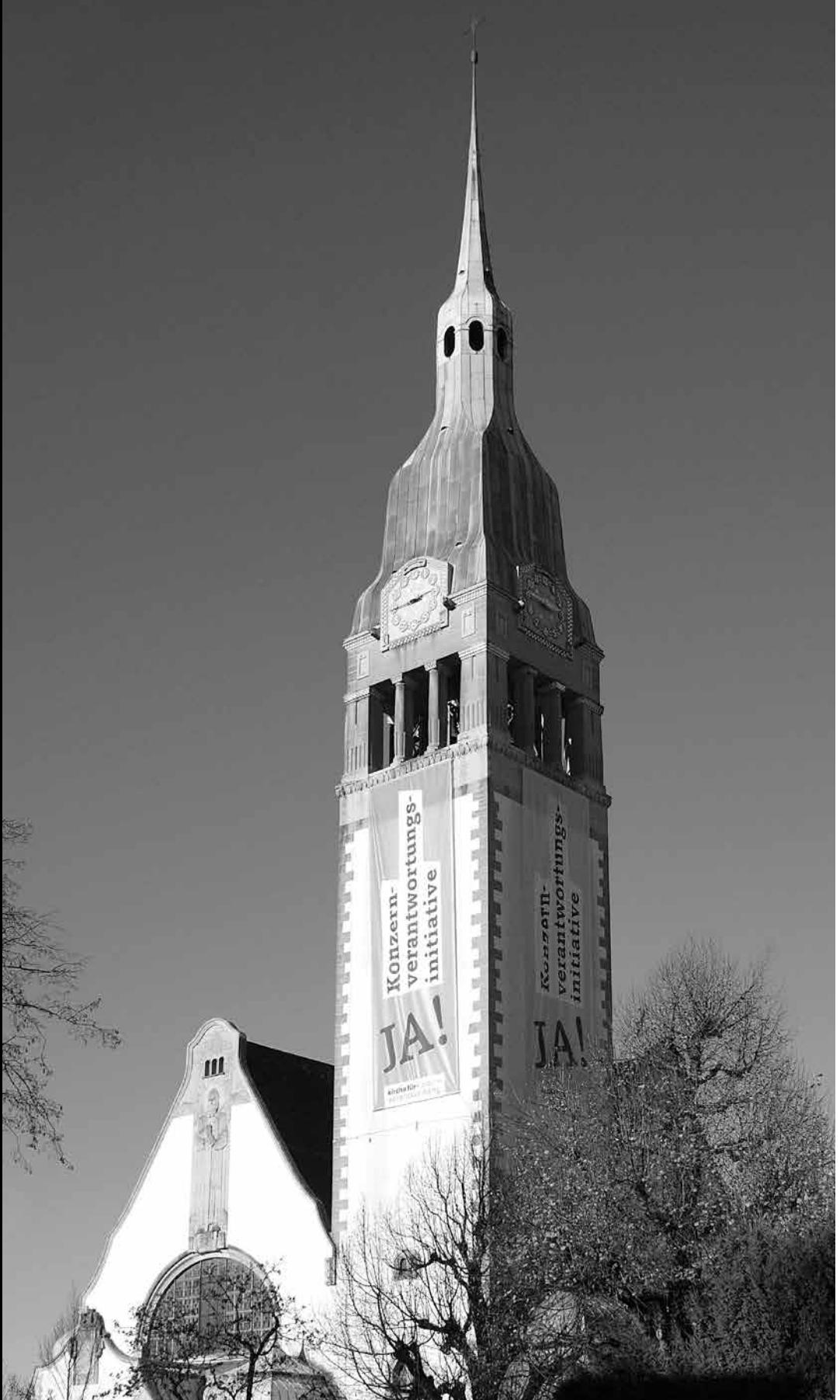


afrika-bulletin

September 2021
Fr. 7.-/Euro 7.-



Fragen zur schweizerischen Entwicklungspolitik





Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und der KEESA. Die Ethnologin ist Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. Kontakt: b.mueller@unibas.ch.

Das vorliegende Afrika-Bulletin befasst sich für einmal nicht mit Afrika, sondern mit der schweizerischen Entwicklungspolitik. Ausgangspunkte waren die neuen strategischen Instrumente des Bundesrates zur internationalen Zusammenarbeit sowie eine im Nachgang zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI) entstandene Debatte über die Rolle der Nichtregierungsorganisationen. Bekanntlich scheiterte die von einer breiten Koalition zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Organisationen lancierte und getragene KVI – darunter auch das Afrika-Komitee – am Ständemehr. Die einmalige Mobilisierung rund um die KVI – erinnern wir uns an die überall sichtbaren orangen Fahnen –, hat rechtsbürgerliche Politiker:innen auf den Plan gerufen. Wie Hans-Ulrich Stauffer in seinem Beitrag ausführt, fordern sie, dass den mit öffentlichen Mitteln unterstützten Entwicklungsorganisationen ein Maulkorb zu verordnen sei. Sie sollen sich in ihren Einsatzländern zwar für Demokratie einsetzen, im eigenen Land dürfen sie sich jedoch nicht zu politischen Fragen äussern. Die zentrale Bedeutung, die der Aufklärungsarbeit über die Zusammenhänge zwischen dem Leben, das wir in der Schweiz führen, und den Lebensumständen im globalen Süden zukommt, schildert Kristina Lanz. Sie argumentiert, dass diese Organisationen damit einen unerlässlichen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung in der Schweiz leisten. Herbert Schmid stellt die erstmals formulierte Afrikastrategie des Bundes vor. Dabei legt er den Finger auf Schwachstellen wie die mangelnde Kohärenz in der schweizerischen Aussenpolitik (Entwicklung vs. wirtschaftliches Eigeninteresse) und die fehlende Nachhaltigkeit. Abschliessend stellt Elísio Macamo grundsätzliche Fragen zur schweizerischen Strategie der internationalen Zusammenarbeit. Kann ein Land überhaupt von aussen entwickelt werden? Und kennt jemand die Hebel, die betätigt werden müssen, damit Entwicklung erfolgt?

Auch der letzte Beitrag behandelt schweizerisches Geschehen. Anlässlich des Todes von Mathieu Musey erinnert sich Ruedi Suter an eindruckliche Begegnungen mit dem kongolesischen Philosophen, der 1988 zusammen mit seiner Familie trotz einer breiten Solidaritätsbewegung mit Polizeigewalt ausgeschafft wurde.

Ein unerfreulicher Nachtrag zur Konzernverantwortungsinitiative: Bei der Umsetzung des Gegenvorschlags plant der Bundesrat Schlupflöcher für Grosskonzerne. Entgegen den vor der Abstimmung gemachten Zusicherungen bezüglich Kinderarbeit und Goldhandel sollen Selbstdeklarationen jetzt genügen, damit sich Konzerne gesetzlichen Bestimmungen entziehen können. Wurden die Stimmbürger:innen vom Bundesrat hinters Licht geführt? Es gilt, weiterhin genau hinzusehen!

Ein möglichst inklusiver Sprachgebrauch ist uns seit Langem ein Anliegen. Nach verschiedenen Phasen mit Binnen-I, respektive wechselnder Verwendung weiblicher und männlicher Formen, gehen wir mit dem vorliegenden Heft zum Gender-Doppelpunkt über. ■

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

Barbara Müller

Impressum

Ausgabe 183 | September 2021
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 46. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 61-691 62 93
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 86679
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Elena Allendorfer, Veit Arlt (Red.), Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Kristina Lanz, Elísio Macamo (Red.), Barbara Müller (Red.), RJSC, Herbert Schmid, Hans-Ulrich Stauffer (Red.) und Ruedi Sutter

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 40.–/Euro 40.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 60.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 184: 30. September 2021
Schwerpunktthema: Sport
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Politische Ikonen, Unternehmertum, Humor, Binnenmigration, Mode

Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Die Konzernverantwortungsinitiative mobilisierte in besonderem Masse Organisationen der Zivilgesellschaft. Auch die Kirchen (im Bild die Pauluskirche in Bern im November 2020) setzten sich prominent für die Kampagne ein und ernteten Kritik dafür (Bild: AnBuKu, Wikimedia).

Nichtregierungsorganisationen im Dilemma

Bundesrat verlangt innenpolitische Abstinenz

Nachdem hiesige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einen grossen Erfolg mit der Konzernverantwortungsinitiative verzeichneten, bindet der Bund die politische Arbeit der Organisationen zurück. Hans-Ulrich Stauffer beleuchtet eine widersprüchliche Haltung.

Vor den Sommerferien hat der deutsche Bundestag das Lieferkettengesetz verabschiedet, das in Deutschland ansässige international tätige Konzerne zur Einhaltung von menschenrechtlichen Minimalstandards verpflichtet. Für Verstösse gegen Menschenrechte in der gesamten Lieferkette haften die in Deutschland ansässigen Konzerne. Anders in der Schweiz. Die Konzernverantwortungsinitiative wurde zwar von einer knappen Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung angenommen, scheiterte aber am Mehr der Kantone. Dabei hatten sich selbst namhafte international tätige Konzerne mit Sitz in der Schweiz für die Initiative eingesetzt.

Dem Volksentscheid war ein intensiver Abstimmungskampf vorausgegangen. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen aus dem kirchlichen, entwicklungspolitischen und sozial engagierten Umfeld setzten sich für ein Ja ein. Nachdem Meinungsumfragen eine Zustimmung zur Initiative prognostiziert hatten, schrillten die Alarmglocken bei jenen, die jegliche Selbstverpflichtung ablehnen. Nachdem die politischen Argumente gegen die Initiative nicht mehr ausreichten, wurde die Finanzkeule hervorgeholt: Wer vom Bund Gelder bezieht, habe sich politischer Stellungnahmen zu enthalten. Mit diesen Geldern dürften keine begleitenden politischen Stellungnahmen finanziert werden. Wer sich nicht daran halte, dem werde der Geldhahn zugedreht, und – gar noch schlimmer – die Gelder müssten zurückerstattet werden.

Diese politische Forderung rechtsbürgerlicher Kreise wurde umgehend von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) übernommen. Fortan ist klar: Wer staatliche Gelder für Entwicklungsprojekte erhält, hat zu politischen Fragen zu schweigen, seien es nun innen- oder aussenpolitische Themen. Gewünscht ist die Durchführung eines netten Projekts, das vielleicht zur Entwicklung beiträgt. Aber im Inland darüber zu informieren, dass es nicht darum geht, mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen, ist tabu.

Unterschiedliche Ellen

Wie gerne hat sich doch die Schweiz verschiedentlich in der Förderung der Demokratie in autoritär regierten Staaten engagiert mit dem Ziel, die dortige Zivilgesellschaft zu stärken. Für dieses Anliegen waren schweizerische und lokale NGOs unverzichtbare Transmissionsriemen. Doch in der Schweiz selbst wird nun die politische Arbeit von NGOs in der Zivilgesellschaft ausgebremst.

Geänderte politische Konstellationen und Kräfteverhältnisse führen bekanntlich zu mancherlei Kurswechseln. Noch vor zwei Jahren, 2019, hielt die DEZA in ihren Richtlinien fest: «Eine wichtige Aufgabe der Schweizer NGOs besteht darin, die Schweizer Öffentlich-

keit, dabei insbesondere junge Menschen, über globale Herausforderungen aufzuklären und für die enge Verknüpfung von Frieden, Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung und Wohlstand zu sensibilisieren». *Tempi passati* – neu müsste nun ergänzt werden: «Dafür dürfen sie aber keine Bundesgelder verwenden». Oder vielleicht auch: «Diese Informationsarbeit darf jedoch übergeordneten Wirtschaftsinteressen nicht schaden». Also: «NGOs, informiert bitte auch in der Schweiz, das ist Euer Auftrag gemäss Richtlinie 2019, aber bezahlt das aus der eigenen Tasche»!

Die weltweiten Herausforderungen sind enorm. Megatrends wie wachsende gesellschaftliche und wirtschaftliche Disparitäten, Klimawandel, Biodiversitätsrückgang, Wasserknappheit und andere Herausforderungen verändern die Grundlagen des Miteinanders. Migrationsströme, politische Erschütterung, regionale und internationale Krisenherde sind die Folge. Dazu ist einiges zu sagen und Handeln tut not.

Die Hand die Euch füttert

Aussenpolitisch positioniert sich der Bundesrat gerne als Brückenbauer, der Hand zu zukunftsweisenden Lösungen bietet. Dabei kommen ihm die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen sehr gelegen. «Der Mehrwert der Zusammenarbeit mit den hiesigen NGOs wird anerkannt. Dank ihrem Wissen und ihrer lokalen Verankerung sind Schweizer NGOs wichtige Akteure für die Umsetzung der Agenda 2030. Mit ihrer kompetenten und international geschätzten Arbeit tragen die Schweizer NGOs zum guten Ruf der Schweiz bei», schreibt Aussenminister Cassis in einem Schreiben vom 18. Februar 2021 als Antwort auf eine Eingabe von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft bezüglich des verhängten Maulkorbs. Im Klartext: NGOs, macht weiter eure Arbeit. Sie trägt zum Renommée der Schweiz bei und hilft, den einen oder anderen internationalen Deal an Land zu ziehen. Aber denkt daran: Die Hand, die euch füttert, sollt ihr nicht beiessen!

Diese Entwicklung geht einher mit der immer engeren Anbindung der Entwicklungszusammenarbeit an die Aussenhandelspolitik. Hilfe wird dort geleistet, wo ein Rückfluss zu erwarten ist. Selbstverständlich können NGOs auch anderswo äusserst sinnvolle, oft zeitlich und personell aufwändige Entwicklungsprojekte ohne dieses staatliche Korsett durchführen. Doch finanzielle Mittel gibt es dafür vom Bund keine.

Kuschen oder opponieren? Eine entscheidende Frage für die NGOs! ■



Hans-Ulrich Stauffer ist Rechtsanwalt und Gründungsmitglied des Afrika-Komitees und seit 1976 Mitglied des Redaktionskomitees des Afrika-Bulletins. Kontakt: stauffer@awg.ch.

Nach der Konzernverantwortungsinitiative

Bürgerliche bremsen die Bildungsarbeit der NGOs

Entwicklungsorganisationen sollen sich auf die Projektarbeit konzentrieren und öffentliche Gelder nur noch im Ausland ausgeben, finden bürgerliche Politiker:innen. Falsch, sagt Kristina Lanz von Alliance Sud, und weist auf die zentrale Rolle der Bewusstseinsbildung im Inland hin.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sensibilisieren die Bevölkerung für konkrete Entwicklungsprobleme und zeigen globale Zusammenhänge auf: Durch fundierte Studien und Berichte informieren sie beispielsweise über die Arbeitsbedingungen auf ghanaischen Kakaopflanzungen, die lokalen Auswirkungen einer Goldmine in Tanzania oder die Auswirkungen der Klimakrise in Mozambique. Sie zeigen dabei Zusammenhänge auf zwischen unserem Leben – der Schokolade, die wir konsumieren; dem Goldhandel, der grösstenteils über die Schweiz läuft; den viel zu hohen CO₂-Emissionen der Schweiz – und den damit verbundenen Schicksalen im globalen Süden. Gleichzeitig thematisieren sie, welchen Beitrag die Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklungspolitik zur Lösung dieser Probleme leisten.

Schweizer Politgeschichte zog eine breit abgestützte Koalition aus 130 NGOs, zahlreichen Menschen aus kirchlichen und wirtschaftlichen Kreisen, Parlamentarier:innen aus allen politischen Parteien sowie Tausenden von Freiwilligen am gleichen Strick. Auch wenn die Initiative scheiterte, zeigte sie doch, was die Zivilgesellschaft und allen voran die NGOs erreichen können, wenn sie ihre Kräfte bündeln. Was eigentlich als positives Zeichen einer lebendigen Demokratie und einer interessierten Bevölkerung gedeutet werden könnte, scheint nicht allen zu passen.

Liberale wollen Politikverbot für NGOs

Schon bevor es zur Abstimmung kam, reichte Ruedi Noser (FDP-Ständerat und KVI-Gegner der ersten Stunde) eine Motion ein, mit der er den Bund beauftragte zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung bei gemeinnützig tätigen Organisationen (sprich NGOs), die sich politisch engagieren, noch gegeben seien oder ob die Steuerbefreiung andernfalls aufzuheben sei. Der Ständerat hat in der letzten Sondersession die Motion knapp angenommen: Anscheinend traut eine knappe Mehrheit der Kantonsvertreter:innen ihren Kantonen nicht zu, dass sie ihre Hausaufgaben machen können. Dies obwohl der Bundesrat in seiner rechtlich fundierten Antwort die bewährte Rechtspraxis und kantonale Kompetenz hervorhebt und die Tatsache legitimiert, dass sich bei «steuerbefreiten Organisationen auch Schnittstellen zu politischen Themen ergeben». Der Bundesrat hält zudem fest, dass «die materielle oder ideelle Unterstützung von Initiativen oder Referenden einer Steuerbefreiung grundsätzlich nicht entgegenstehe».

Nach der KVI-Abstimmung gab es noch weitere parlamentarische Vorstösse, die allesamt die politische Rolle der NGOs in Frage stellten. So verlangt etwa Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) vom Bundesrat einen Bericht zur Frage, welche NGO-Tätigkeiten mit welchen Mitteln auf Basis welcher gesetzlichen Grundlage finanziert werden, und welche politischen Vertreter:innen in den Steuerungsorganen Einsitz nehmen. Begründet wird ihr Vorstoss damit, dass sich «Entwicklungshilfeorganisationen immer mehr mit entwicklungspolitischen Forderungen im Inland, statt mit konkreter Entwicklungshilfe im Ausland beschäftigen». Eine Motion von Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP) verlangt vom Bundesrat die Überprüfung der staatlichen Unterstützungen an Projekte der internationalen Zusammenarbeit von NGOs, die sich an politischen Kampagnen beteiligt haben.

Eine kritische Diskussion über die politische Rolle von wirtschaftsnahen Verbänden und Think-Tanks, die als nicht-staatliche Akteure eigentlich ebenfalls zu den NGOs gehören, soll mit diesen Vorstössen anscheinend vermieden werden. Es ist darum ausdrücklich nur von NGOs im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die Rede. Nur: Die politische Arbeit der NGOs mit Geldern der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) war schon immer vertraglich ausgeschlossen. Es ist sinnvoll, dass der Bund keine Steuergelder in politische Kampagnen stecken will – ein generelles Politikverbot für NGOs, die Bundesgelder erhalten, wäre aber absurd und höchst problematisch.



Die orangenen Fahnen der Kampagne prägten das Ortsbild und zeugten von der grossen Unterstützung (Bild: Konzernverantwortungsinitiative, www.konzern-initiative.ch).

Diese wichtige Sensibilisierungsarbeit stellen nun verschiedene bürgerliche Politiker:innen in Frage, nicht weil ihnen das Schicksal des globalen Südens besonders am Herzen liegen würde, sondern weil sie nach der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) – die im November 2020 an der Urne eine Volksmehrheit erreichte aber am Ständemehr scheiterte – einen Machtverlust befürchten und den NGOs einen Maulkorb verpassen wollen. Noch selten hat eine Volksinitiative für so viel Furore gesorgt wie die KVI. Schon Monate, gar Jahre vor der Abstimmung stand sie immer wieder in den Schlagzeilen und war auch dank der orangenen Fahnen und der vielfältigen Aktivitäten zahlreicher Lokalkomitees bei der Bevölkerung sehr präsent. Zum ersten Mal in der

Demokratie lebt von Meinungsvielfalt

Unsere Demokratie lebt davon, dass verschiedene Akteur:innen ihre Expertise, Meinungen und Anliegen in die politische Debatte einbringen. Neben verschiedenen Wirtschaftsakteur:innen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen (wie etwa den Gewerkschaften oder dem Afrika-Komitee) leisten auch die am Gemeinwohl ausgerichteten NGOs einen Beitrag zur demokratischen Debatte in unserem Land. Im Gegensatz zu Repräsentant:innen der Wirtschaft, die in der Regel für ihre Eigeninteressen lobbyieren, setzen sich diese NGOs gemäss ihrem Mandat für gemeinnützige Umwelt- oder soziale Anliegen ein. Finanziert wird der politische Einsatz aus Mitgliedschaftsbeiträgen sowie aus für spezifische politische Zwecke gespendeten Geldern.

Während verschiedene bürgerliche Politiker:innen in den Verwaltungsräten der Privatwirtschaft sitzen, sich immer wieder auf Lobbyveranstaltungen der Wirtschaftsverbände zeigen und sich häufig vehement gegen grössere Transparenz bei den Parteispenden wehren (da dann wohl gewisse Verbindungen noch offensichtlicher würden), sollen nun bei den NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit eventuelle politische Verbindungen und Interessensvertretungen genau durchleuchtet werden. Gleichzeitig scheinen sich dieselben Politiker:innen, die diesen NGOs einen politischen Maulkorb verpassen wollen, nicht daran zu stören, dass andere Akteur:innen und Verbände, die von staatlichen Subventionen und weiteren öffentlichen Beiträgen profitieren, ebenfalls Informationskampagnen lancieren und sich in Abstimmungskämpfe einmischen.

Ein generelles «Politikverbot» für NGOs, welche Bundesgelder erhalten, würde wohl viele kritische Stimmen zum Verstummen bringen und die Übermacht der Wirtschaftslobbyist:innen festigen. Auch wenn einige bürgerliche Politiker:innen sich dies wünschen mögen, wäre es für ein Land, das gerne seine Demokratie, Welt-offenheit und humanitäre Tradition betont, eine Bankrotterklärung. Gleichzeitig müsste man bei einem Politikverbot für NGOs konsequenterweise auch alle anderen staatlichen Beiträge und Subventionen dahingehend untersuchen, ob deren Empfänger:innen politisch aktiv sind, und auch diese staatlichen Beiträge gegebenenfalls streichen. Das wäre wohl kaum im Interesse der betreffenden Politiker:innen.

Bildungsarbeit für Agenda 2030 zentral

Im Anschluss an die KVI-Abstimmung hat wohl aus parteipolitischer «Solidarität» auch das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten die Inlandarbeit der Zivilgesellschaft torpediert. So verkündete die DEZA (vermutlich auf Druck des Departementsvorstehers Ignazio Cassis, wie Noser und Portmann Mitglied der FDP) im Dezember äusserst kurzfristig, dass sie per sofort die Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit der NGOs im Inland nicht mehr mitfinanzieren könne. Dieser Entscheid kam umso überraschender, als die DEZA erst ein Jahr zuvor neue Richtlinien zur Zusammenarbeit mit den NGOs verabschiedet hatte, die unter anderem festhalten, dass eine wichtige Aufgabe der Schweizer NGOs darin besteht, die Schweizer Öffentlichkeit über die globalen Zusammenhänge zu informieren (vgl. Zitat aus den Richtlinien im Beitrag von Hans-Ulrich Stauffer auf Seite 3).

Sensibilisierung und Bildung zu Themen der nachhaltigen Entwicklung (inklusive der Entwicklungszusammenarbeit) sind zentrale Komponenten der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die auch die Schweiz unterzeichnet hat. Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen (Sustainable Development Goals, SDGs) richtet sich an alle Länder, nicht nur an die Entwicklungsländer. Sie beinhaltet einen Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit, indem sie dazu auffordert, sämtliche Politikbereiche nachhaltig zu gestalten und dabei auch die globalen Verflechtungen zu berücksichtigen. Die Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit ist unerlässlich für die Erreichung der Ziele: SDG 4 verlangt beispielsweise von allen Ländern bis 2030, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben. Dies beinhaltet die Bildung in Bezug auf Menschenrechte, nachhaltige Lebensweisen, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt sowie den Beitrag der Kultur zur nachhaltigen Entwicklung.

Die aktuellen politischen Diskussionen beeinträchtigen eine verantwortungsvolle und transparente Kommunikation über die internationale Zusammenarbeit und die Agenda 2030. Der Bund und das Parlament täten gut daran, mit den NGOs auch im Inland zu kooperieren, statt sie für ihr politisches Engagement zu bestrafen. ■

Kristina Lanz ist Fachverantwortliche für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud, dem gemeinsamen entwicklungspolitischen Think-and-Do-Tank der sechs Schweizer Entwicklungsorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Kontakt: kristina.lanz@alliancesud.ch.

farip Fund for African Rural Innovation Promotion - www.farip.ch
farip erkundet Ideen, coacht Projekte betriebswirtschaftlich und gibt Kredite für deren Weiterentwicklung

farip ist eine gemeinnützige Stiftung. Wir wollen nachhaltige Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Gebieten Afrikas fördern, indem wir Ideen, die initiative Leute aus diesen Gebieten an uns herantragen, aufgreifen. Wir haken nach und fragen: Wer sind die Leute, die das anpacken wollen, wie organisieren sie sich? Das nennen wir **Scouting**. In einem zweiten Schritt geht es darum, mit praktischen Versuchen herauszufinden, ob die Idee machbar ist und wo sich der Markt für die Produkte finden lässt. Das verstehen wir unter **«proof of concept»**. Viele Ideen zeigen sich in dieser vorkommerziellen Phase als untauglich. Was schliesslich machbar erscheint, wird von farip mit Know how, Krediten und Ausbildung weiter unterstützt bis zum kommerziell erprobten und investierbaren Geschäftsmodell.

Die bisher unterstützten Vorhaben finden Sie auf unserer Homepage <https://www.farip.ch/de/ventures/>

Wir suchen per sofort oder nach Vereinbarung ein

Mitglied des Stiftungsrates

Ihr Wirkungsfeld

Sie arbeiten im Stiftungsrat mit, d.h. sie entscheiden mit, wie die Unterstützung der Vorhaben weiter gehen soll. Sie helfen mit, die notwendigen Finanzen zu akquirieren, mit unseren Spendern und Sponsoren zu kommunizieren, sich ein Bild unserer Vorhaben vor Ort zu machen, und sich mit Partnern zu vernetzen, die uns ergänzen und unterstützen können.

Ihr Profil

Sie interessieren sich für die Nord-Süd Zusammenarbeit einer etwas anderen Art. Es werden nicht Projektideen, die von aussen kommen unterstützt, sondern Ideen von Leuten vor Ort. Sie sind interessiert an möglichen Entwicklungen und an den Lebensumständen in ländlichen Gebieten Afrikas. Sie haben wenn möglich Erfahrung mit Start-up Förderung und Fundraising und arbeiten gerne in einem Team.

Unser Angebot

Es erwartet Sie eine spannende, sinnstiftende Arbeit in einem kleinen Team. Wir sind eine gemeinnützige Stiftung, der Stiftungsrat arbeitet deshalb unentgeltlich. Er tagt in der Regel alle zwei Monate.

Ihr Interesse

Falls Sie eine Mitarbeit in unserem Stiftungsrat interessiert, bitten wir Sie, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Hier unsere Koordinaten:

Ueli Scheuermeier, Geschäftsführer Tel. 031 352 09 61 oder 076 426 38 70, ueli@farip.ch
Dr. Peter Reinhard, Präsident des Stiftungsrates Tel. 079 638 45 87, peter.reinhard@farip.ch

<https://www.farip.ch>

Zur schweizerischen Aussenpolitik

Die neue Afrikastrategie

Im Januar 2021 hat der Bundesrat zum ersten Mal eine Afrikastrategie, genauer eine Strategie für Subsahara-Afrika, verabschiedet. Sie ist gültig für den Zeitraum 2021 bis 2024. Der nachfolgende Artikel von Herbert Schmid vermittelt einen Überblick über die Strategie und gibt eine Einschätzung aus zivilgesellschaftlicher Sicht.

Die Afrikastrategie basiert auf der Aussenpolitischen Strategie (APS) der Schweiz, die seit 2020 in Kraft ist. Diese formuliert den übergeordneten Rahmen der schweizerischen Aussenpolitik. Es ist daher sinnvoll, deren thematische Schwerpunkte kurz in Erinnerung zu rufen:

Die Strategie ist frei verfügbar.



- **Frieden und Sicherheit**
Weltpolitisch sind Tendenzen zu weiterer Polarisierung festzustellen. Die Schweiz kann mit ihren Guten Diensten und dem friedenspolitischen Know-how weiterhin wichtige Beiträge zu Vermittlungen leisten. Dafür werden insbesondere die Kandidatur für, respektive die Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat in den Jahren 2023 bis 2024 als erfolgsversprechendes Instrument angesehen.
- **Wohlstand**
Die APS geht davon aus, dass das internationale Umfeld für die Schweizer Wirtschaft anspruchsvoller wird. Das Engagement für gute Rahmenbedingungen und Marktzugang ist zentral, in Europa und global. Die Konsolidierung des bilateralen Wegs mit der EU soll dabei im Vordergrund stehen. Eine fokus-

sierte Entwicklungszusammenarbeit soll zu Armutsreduktion und nachhaltiger Entwicklung beitragen.

- **Nachhaltigkeit**
Die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsagenda, der Agenda 2030, wird als Priorität für die Strategie gesetzt. Das aussenpolitische Engagement der Schweiz für die Bekämpfung des Klimawandels und für den Umweltschutz soll verstärkt werden.
- **Digitalisierung**
Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Digitalisierung will die Schweiz ihr Profil in der Digitalaussenpolitik ausbauen. Genf soll als ein globales Zentrum für die Gestaltung der digitalen Gouvernanz und anderer Zukunftsthemen gestärkt werden. Das Profil der Schweiz und ihre Kompetenzen an der Schnittstelle von Diplomatie, Technologie und Wissenschaft werden gezielt im Sinne der Wissenschaftsdiplomatie weiterentwickelt.

Der Inhalt der Afrikastrategie

Wie soll nun die Aussenpolitische Strategie im Falle Afrikas umgesetzt werden? Die Afrikastrategie formuliert davon abgeleitet die Schwerpunkte, die geografischen Regionen und die Themenbereiche für die einzelnen Regionen. Die Schwerpunkte stimmen mit denjenigen der APS überein.

Die Strategie soll prioritär in Gebieten zum Einsatz kommen, in denen die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit seit langem tätig ist.

- Der Sahel (insbesondere die Staaten am südlichen Rand der Sahara)
- Das Horn von Afrika (das Gebiet des östlichen Afrikas um Kenya und Äthiopien)
- Die Region der grossen Seen (von Ostkongo bis Tanzania/Mozambique)
- Dazu kommt die Kategorie der sogenannten wirtschaftlichen Löwinnen (darunter fallen die wirtschaftlichen Schwergewichte Südafrika, Nigeria, Côte d'Ivoire, Ghana, Senegal, Kenya, Äthiopien, Angola, sowie der Kleinstaat Ruanda).

Die Aussenpolitik wird sich in den Regionen auf eine Reihe von Themenbereichen konzentrieren, beispielsweise:

- *Sahel*: Friedensförderung, humanitäres Engagement, irreguläre Migration, politische Transition, Basisversorgung (v.a. Gesundheit und Bildung), Wasser und Landwirtschaft
- *Horn von Afrika*: Friedensförderung, irreguläre Migration, politische Transition, Basisversorgung (v.a. Gesundheit und Bildung), wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Klimawandel
- *Grosse Seen*: Friedensförderung, Rechtstaatlichkeit, Grundrechte, Gouvernanz und Grundversorgung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rohstoffbereich
- *«Löwinnen»*: Wirtschaftliche Bedingungen, Handels- und Investitionsmöglichkeiten, verantwortungsvolle Unternehmensführung und Korruption, digitale Transformation und das Potenzial der jungen Generation

- Vertiefung der Zusammenarbeit mit zahlreichen Regionalorganisationen

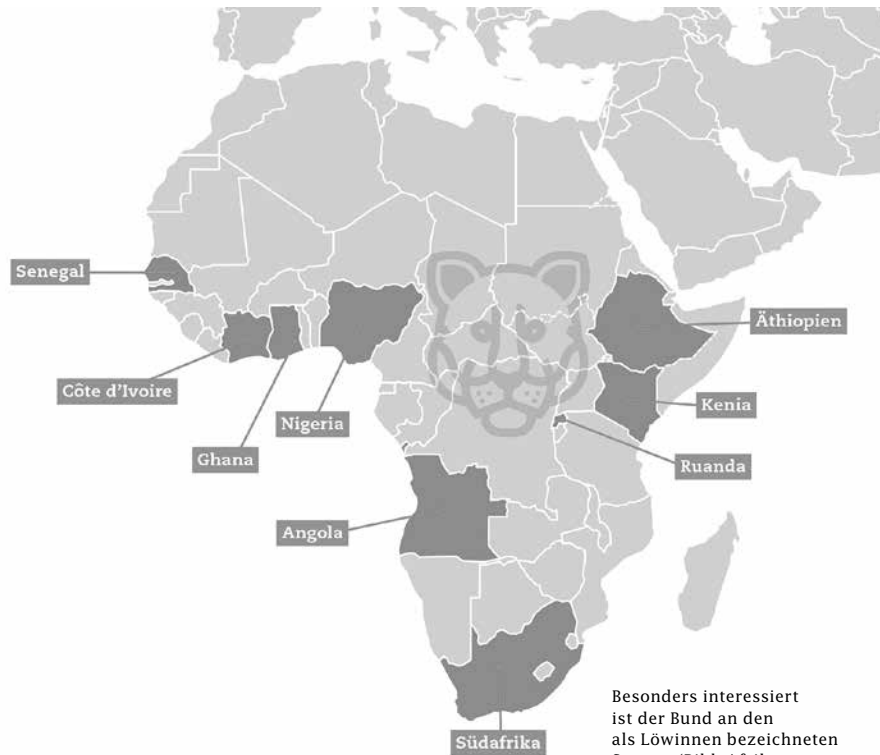
In finanzieller Hinsicht macht die Strategie keine Aussagen. Als Annäherung lassen sich die Angaben der Botschaft zur Weiterführung der internationalen Zusammenarbeit 2021 bis 2024 heranziehen. Diese sieht vor, dass 55 Prozent (1,59 Milliarden Franken) der bilateralen Mittel des Rahmenkredits Entwicklungszusammenarbeit in Subsahara-Afrika eingesetzt werden. Im vorangehenden Rahmenkredit lag Afrikas Anteil ungefähr bei 45 Prozent. Diese Konzentration auf den afrikanischen Kontinent ist sinnvoll. Im Gegenzug werden Programme in Lateinamerika und Ostasien abgeschlossen.

Einschätzung aus zivilgesellschaftlicher Sicht

Mit der Afrikastrategie verfügt die schweizerische Aussenpolitik erstmals über einen ausformulierten strategischen Rahmen für ihr Engagement auf dem afrikanischen Kontinent. Das ist positiv zu werten. Es besteht damit ein Rahmenwerk, das auf seine Konsistenz und die Durchführung überprüft werden kann, auch wenn die Vorgaben allgemein gehalten sind. Die Afrikastrategie gibt zudem eine erhöhte Konzentration der Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent vor, die globalpolitisch notwendig ist.

Viele positive Auswirkungen von Entwicklungsbestrebungen werden durch mangelnde politische Kohärenz behindert. Man denke an die schweizerische Landwirtschaftspolitik oder an die Rolle der Schweiz als einer der grössten Vermögensverwalter der Welt, der für die Steuerflucht aus Afrika weiterhin eine Rolle spielt. Mit dem «Asset Recovery Programme» oder der Unterstützung im Steuerbereich wurden zwar Resultate erzielt, weitere Anstrengungen sind aber notwendig, um diese kontraproduktiven Mechanismen abzubauen.

In Bezug auf nachhaltige Entwicklung ist die Strategie wenig gehaltvoll. Es fehlen Verpflichtungen, die für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas notwendig wären. Dass die Herausforderungen durch die Klimakrise und durch den Verlust an Biodiversität enorm sind, ist ein Gemeinplatz geworden. Afrika verursacht aber heute als Kontinent gerade mal drei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses (www.ourworldindata.org, 2021). Grossverbraucher wie die USA oder die EU dagegen 26 bzw. 33 Prozent. Historisch gesehen ist der Anteil Afrikas mit etwas mehr als einem Prozent noch geringer. Afrika hat zur Erhitzung des Weltklimas praktisch nicht beigetragen. Da wäre eine wesentlich grosszügigere Unterstützung angebracht. Afrika trägt die Folgen genauso stark wie der Rest der Welt – oder stärker. Es geht aber nicht nur um die finanziellen Aspekte. Mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz zu internationalen Abkommen verpflichtet, die kohärente Massnahmen auf zahlreichen Gebieten, auch im eigenen Land, vorsehen. Da bleibt die Strategie sehr vage. Und ein dritter Aspekt ist nicht zu vernachlässigen: Wenn die Entwicklung Afrikas rasch voranschreiten soll, wird zusätzlicher Energiebedarf entstehen. Dieser darf nicht von CO₂-belasteten Brennstoffen gedeckt werden, sondern benötigt Transformationen und technische und politische Unterstützung, um eine möglichst fossilfreie Entwicklung zu verwirklichen.



Besonders interessiert ist der Bund an den als Löwinen bezeichneten Staaten (Bild: Afrika-Strategie des Bundes).

Zusammenarbeitsstrategien kommen heute nicht mehr um das Thema Migration herum. IZA kann einen Beitrag leisten zur Thematik, allerdings nur, wenn sie global gedacht wird. Es ist ein Irrtum zu glauben, die Schweiz könne mit Programmen in bestimmten Ländern die Migration aus eben diesen Ländern verhindern. Noch wirklichkeitsfremder wäre eine «Migrationskonditionalität», durch die die Zusammenarbeit an Leistungen im Migrationsbereich gekoppelt würde. Die Afrikastrategie spricht sich erfreulicherweise klar dagegen aus.

Die Schweiz war nie eine Kolonialmacht, das betont die Strategie an mehreren Stellen. Dadurch genieße sie Vertrauen. Das trifft im politisch-historischen Sinne zu und soll auch eingesetzt werden. Die Schweiz tut aber gut daran, sich dafür nicht allzu sehr auf die Schulter zu klopfen. Es waren nicht nur Staaten, die sich an Kolonial- und Sklavenhandel mit unmenschlichen Praktiken bereichert haben. Davon profitierten auch Schweizer Bürger:innen oder Unternehmen. Dessen ist man sich auch in Afrika bewusst.

Afrika ist weiterhin mit beachtlichen Herausforderungen konfrontiert, die nur in einem offenen Dialog gemeistert werden können.

Quellen
Die aussenpolitische Strategie, die Afrika-Strategie und deren Ankündigung sind auf folgenden Webseiten zu finden:

— <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/strategien/geografische-strategien.html#afrika>

— <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/strategien/aussenpolitische-strategie.html>

— <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78145.html>

Herbert Schmid war Koordinator für Entwicklungsprojekte der DEZA in Mozambique, Südafrika, Nord-Mazedonien und Kuba. Kontakt: herbert.schmid@solnet.ch.

Die Strategie des Bundes zur internationalen Eine Frage der Perspektive

Mit seinem Kommentar zur Strategie des Bundes nimmt Elísio Macamo aus kritischer Sicht einen Perspektivenwechsel vor, der es erlaubt, einige grundsätzliche Fragen zur internationalen Zusammenarbeit (IZA) und zur Entwicklungspolitik zu stellen.

«Die IZA-Strategie ist ein aussenpolitisches Werkzeug der Schweiz, um gestützt auf die Bundesverfassung weltweit Not und Armut zu lindern, die Einhaltung der Menschenrechte zu verbessern, Demokratie zu fördern und die Umwelt zu schonen.» So kündigt der Bund seine neue IZA-Botschaft an. Doch die Vorstellung, dass diese Strategie Not und Armut lindern, die Einhaltung der Menschenrechte verbessern, Demokratie fördern und die Umwelt schonen kann, stimmt nicht so ganz. Es fehlt das kleine Wort «helfen». Die IZA-Strategie kann helfen, all diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen – oder auch nicht!

Entwicklung ist Aufgabe der Betroffenen. Wenn sogenannte Entwicklungsländer in ihren Bemühungen scheitern, dann scheitern sie selbst. Wenn sie erfolgreich sind, dann gebührt ihnen der Applaus dafür. Internationale Hilfe ist nur subsidiär – deshalb wird sie eben auch als «Hilfe» bezeichnet. Allerdings kann sie auch stören. Das ist vor allem dann der Fall, wenn sie sich anmassiert, selbst Entwicklung herbeiführen zu können. Denn das geht eigentlich nicht. Internationale Hilfe stellt zwar Mittel bereit und kann durch Strukturpolitik die Bedingungen erheblich verbessern, doch unsere Welt ist nach wie vor so verfasst, dass Unterentwicklung funktional für die Reproduktion des Reichtums der Reichen ist.

Ein anhaltendes Bemühen

In Sachen Entwicklung gilt der gleiche Appell wie in den Saloons des Wilden Westen: «Bitte den Pianisten

nicht erschiessen – er tut sein Bestes!». Es ist müssig, Geberländer ständig für die Probleme der Entwicklung zu kritisieren – sie tun ihr Bestes. Doch es würde helfen, wenn sie Entwicklungspolitik nicht unter der Annahme konzipieren würden, dass sie Entwicklung herbeiführen wird. Das wird sie nicht. Und selbst wenn doch, wird das Ergebnis von einem Faktorenmix abhängig sein, der die Erkenntnis bestätigen wird, dass die Angelegenheit komplex ist. Wir wissen zwar einiges darüber, wie sich einzelne Komponenten verhalten, doch Entwicklung als Ganzes lässt sich schwer beschreiben.

Entwicklung hat kein brauchbares Gedächtnis, auf das wir zurückgreifen könnten, um zu verstehen, wie andere es geschafft haben. Die Art und Weise, wie Länder sich entwickelt haben, lässt sich nicht so leicht mit dem heutigen normativen Diskurs von Entwicklung in Einklang bringen. Europäer:innen wanderten aus – meist illegal. Sie hielten Menschenrechte nicht ein, verübten Terror und führten Kriege gegen jene, die ihre Länder und ihren Besitz verteidigten. Sie verfolgten eine Politik der globalen Enteignung. Nur durch Kampf konnten die betroffenen Länder ihre Unabhängigkeit wiedererlangen.

Die Schweiz, wie wir sie heute kennen, ist nicht das Ergebnis eines gradlinigen geschichtlichen Prozesses. Der Zufall war darin genauso präsent wie der Fleiss. Aber Entwicklungspolitik ist immer auch Ergebnis von Aushandlungsprozessen. Zur aktuellen Botschaft äusserten sich die Kantone, viele Verbände und zivilgesellschaftliche Organisation. Wir dürfen annehmen, dass sie sich nicht auf die Suche nach einer aus technischer Perspektive besseren Entwicklungspolitik machten. Sie trugen Erwartungen an die Politik des Bundes heran. Die daraus entstandene Botschaft ist folglich primär Ausdruck dieses Aushandlungsprozesses und nicht einer Entwicklungspolitik mit der die Schweiz helfen würde, die Welt zu entwickeln. Allein die vier thematischen Schwerpunkte verraten dieses Problemfeld.

Archivbestand des Afrika-Komitees

Seit seiner Gründung 1973 sammelt das Afrika-Komitee Informationsmaterial zum südlichen Afrika. Das Archiv umfasst sowohl Dokumente von afrikanischen Befreiungsorganisationen wie auch von Solidaritätsbewegungen in der Schweiz. Bei vielen handelt es sich um historisch einmalige Schriftstücke und Bilder, die namentlich die Befreiungskämpfe in Angola, Mozambique, Guinea-Bissau, Kapverde, Zimbabwe, Südafrika, Äthiopien/Eritrea und Westsahara dokumentieren.

Das Afrika-Komitee will dieses wertvolle Archiv erhalten und Forschenden zugänglich machen. Deshalb wird es wissenschaftlich erschlossen. Die

Projektkosten sind mit 20000 Franken veranschlagt. Vom Swisslos-Fonds des Kantons Basel-Stadt sind 7000 Franken zugesagt; weitere 6000 Franken sind dem Afrika-Komitee bereits als Spenden zugeflossen.

Wir bitten unsere Leser:innen, durch eine Spende das Archiv-Projekt zu unterstützen. Besten Dank.



Zusammenarbeit

Innenpolitische Ziele

Die Botschaft will menschenwürdige Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Das ist kein schlechtes Ziel, zu dessen Erreichung die Konzernverantwortungsinitiative hätte beitragen können. Aber soll die Schweiz das überhaupt? Ist es nicht Aufgabe der unterstützten Regierungen und Länder zu bestimmen, was menschenwürdige Arbeitsplätze sind, wie und wann sie geschaffen werden sollen, und welche Hilfe sie dazu benötigen?

Der zweite thematische Schwerpunkt ist weniger problematisch, da es sich beim Kampf gegen den Klimawandel um ein sehr allgemeines Ziel handelt. Doch fragt sich, wie genau dieses Ziel mit der Entwicklungszusammenarbeit vereinbart werden soll. Soll es als Kriterium für die Vergabe von Geldern dienen? Besteht ein Bewusstsein dafür, dass die Erfüllung solcher Kriterien der Entwicklung nicht unbedingt förderlich sind? Das soll kein Freipass für Umweltverschmutzung sein, sondern lediglich eine Erinnerung daran, dass niemand über den Algorithmus der Entwicklung verfügt und dementsprechend niemand weiss, was passiert, wenn wir etwas noch nie Dagewesenes versuchen. Geberländer wissen nicht, wie Entwicklung unter Beachtung von Umweltbestimmungen erfolgt, ihre Handlungsanweisungen basieren vielmehr auf schon erfolgter Entwicklung.

Die IZA-Botschaft nennt als dritten thematischen Schwerpunkt die Reduktion der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration. Dieser Schwerpunkt entspricht dem Motto «Aussenpolitik ist Innenpolitik». So gesehen, gibt es aus der Sicht eines «Betroffenen» aus Afrika wenig zu meckern. Aber wenn Entwicklung etwas sein soll, das auch die Betroffenen als solche definieren, dann dürfen wir uns über dieses Ziel wundern. Vielleicht ist Migration aus Sicht der Entwicklungsländer keine schlechte Idee. Wir wissen, wie wichtig die Überweisungen der Migrant:innen sind. Wir wissen auch, wie gerade die Auswanderung von jungen Menschen dazu beiträgt, sozialen Dampf abzulassen und



Bild: www.leadvilletoday.com.

gewaltsame Konflikte abzuwehren. Schliesslich wissen wir auch, wie wichtig die Auswanderung für die Entwicklung Europas war.

Am vierten thematischen Schwerpunkt, dem Engagement für Rechtsstaatlichkeit, ist an sich nichts auszusetzen, auch wenn er nach einer stärkeren Regulierung in der Schweiz verlangt. Schliesslich leidet zum Beispiel Mozambique unter der Last unbezahlbarer Schulden, die mit starker Unterstützung einer Schweizer Bank zustande gekommen sind.

Fazit: die IZA-Botschaft geht so in Ordnung. Es ist eine Frage der Perspektive. Jedes Geberland braucht eine Entwicklungspolitik, und im Grunde spielt deren Qualität keine grosse Rolle. Afrika entwickeln wird sie ohnehin nicht, denn Afrika kann sich nur selbst entwickeln. ■

Elisio Macamo ist Soziologe und Professor für Afrikastudien an der Universität Basel. Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch.

Steuerbefreiung für Spenden an das Afrika-Komitee

Spenden an das Afrika-Komitee sind steuerbefreit. Der Spendenbetrag kann vom Einkommen abgezogen werden. Seit Jahrzehnten geniesst das Afrika-Komitee diese von der kantonalen Steuerverwaltung Basel-Stadt gewährte Steuerbefreiung, der auch andere Kantone folgen. Gerne stellen wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuhänden der Steuerverwaltung aus.

**Spenden bitte auf
Postkonto 40-17754-3
IBAN CH26 0900 0000 4001 7754 3**

Jetzt mit TWINT spenden:

- QR-Code mit der TWINT-App scannen
- Betrag eingeben und Adresse
- Betrag und Spende bestätigen



Uganda und Tanzania

Öl-Ressourcen und Pipeline-Bau

Die grossen Erdöl-Lagerstätten beim Albertsee in Uganda sind seit langem bekannt. Erst 2020 schlossen Total und die staatliche chinesische CNOOC einen Vertrag zur gemeinsamen Ausbeutung dieser Ressourcen ab. Das mag an der kontinuierlich wachsenden Wirtschaft in vielen afrikanischen Staaten liegen: Wie auch in Asien lassen diese auf gute Absatzchancen hoffen, wohingegen für Europa und Nordamerika aufgrund der verpflichtenden Pariser Erklärungen eine stark sinkende Nachfrage vorausgesagt wird.

Die 1450 Kilometer landeinwärts liegenden Lagerstätten liefern ein sehr schweres, zähes Öl, das für den Transport erhitzt werden muss. Um es in den tansanischen Hafen zu leiten, ist dementsprechend eine beheizte Pipeline geplant, deren erstes Viertel quer durch Uganda und die weiteren drei durch Tanzania führen. Die notwendigen Verträge sind bereits von beiden Regierungen unterzeichnet.

Knackpunkt wird aber die Finanzierung: 263 Organisationen der internationalen und auch der afrikanischen Zivilgesellschaft richteten einen kollektiven Protest gegen die Ausbeutung der Lagerstätten und insbesondere auch gegen die Pipeline an 25 Bankhäuser weltweit. Neben (sehr) wenigen Arbeitsplätzen für die Einheimischen und Tantiemen für die Regierungen würde das Vorhaben zwangsweise die Bevölkerung durch Enteignungen stark belasten, die Gewässer rund um die Ölfelder und entlang der Pipeline gefährden und schwere Eingriffe in die an der Route liegenden Naturschutzgebiete nach sich ziehen – ganz abgesehen von den 34 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoss jährlich, welche für den Bau berechnet wurden.

Offensichtlich hatte diese Aktion einigen Erfolg – Barclays und Credit Suisse nahmen offiziell Abstand von einer Finanzierung des Projektes. Auch die südafrikanische Standard Bank, welche die Exploration mitfinanzierte, will ein Gutachten abwarten, während der Widerstand weltweit wächst. Ob ein Misserfolg die Bereitschaft zur Finanzierung ökologischer Energiequellen erhöhen würde? ■

Cabo Verde

Zusammenbruch des Tourismus

Dass die Pandemie Feriendestinationen trifft, ist bekannt. Von den Kapverdischen Inseln liegen – einmalig für einen afrikanischen Staat – detaillierte Zahlen vor, die vom nationalen Institut für Statistik erhoben wurden. Seit 2009 ist die kapverdische Wirtschaft stetig gewachsen, 2018 waren es 4,5, 2019 5,7 Prozent. Doch mit der Pandemie schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um ganze 14,8 Prozent, also um gut ein Sechstel. Der Ertrag aus dem Handel schrumpfte um 21 Prozent, aus dem Transport um 33, von Dienstleistungen um 24 und im Gastgewerbe um 70 Prozent. In der Hotellerie verloren 2020 über vier Fünftel der Beschäftigten ihre Stelle, nahezu zwei Drittel aller Hotelbetriebe waren am Jahresende geschlossen. Der Tourismus trägt rund ein Viertel zum nationalen Einkommen bei.

Auch Anfang 2021 sieht die Lage katastrophal aus: Im ersten Quartal 2021 empfingen die Hotels des Archipels 12 098 Gäste, ein Rückgang von 93,6 Prozent im Vergleich zu 189 110 Gästen im gleichen Zeitraum des Jahres 2020. Die Zahl der Übernachtungen sank in dieser Periode auf 28 912, verglichen mit 1 102 883 im ersten Quartal 2020 (–97,4 Prozent).

Zu Beginn der Pandemie sah die Lage noch hoffnungsvoll aus. Dabei spielte die geografische Situation eine wichtige Rolle: Schon im März 2020 wurde der internationale Luftverkehr wie auch der Verkehr zwischen den Inseln eingestellt. So konnte vermieden werden, dass das Virus durch Reisende weiterverbreitet wurde. Doch die Sommersaison 2020 war verloren. Auf mehreren Inseln, darunter den beiden touristischen Hotspots Sal und Boavista, konnte die Zahl der infizierten Personen auf niedrigem Niveau stabil gehalten werden, jedoch stieg dann die Zahl in den Ballungszentren Praia (Insel Santiago) und Mindelo (Insel São Vicente) stark an.

Ende 2020 wurde mit einer Stabilisierung zum Frühjahr 2021 gerechnet und der internationale Flugverkehr, namentlich über den Jahreswechsel, wieder aufgenommen. Doch ein neuer Ausbruch machte diese Pläne zunichte. Zwei Umstände werden dafür verantwortlich gemacht: Im April herrschte Wahlkampf für die Parlamentswahlen. Ohne Schutzmassnahmen wurden Massenveranstaltungen durchgeführt – mit verheerenden Folgen. Zudem zeigt sich rückblickend, dass die verordneten Öffnungsbeschränkungen für Läden, Bars und Restaurants nicht eingehalten wurden. Viel zu spät wird diese Disziplinlosigkeit geahndet. Im Mai 2021 sind insgesamt 635 Bars und Läden für kürzere oder längere Zeit polizeilich geschlossen worden, alleine auf der Insel Boavista 225 Betriebe und in Praia deren 164. Cabo Verde geriet in einen neuen, zweiten Lockdown.

Damit war das Unheil angerichtet. Heute muss damit gerechnet werden, dass auch die wichtige Sommersaison 2021 wegfällt. Mit dramatischen Folgen. Auf den auf Tourismus ausgerichteten Inseln Sal und Boavista ist die Mehrheit der Menschen heute ohne Arbeit und damit auch ohne Einkommen. Nun werden die Bewohner:innen dieser beiden Inseln priorität geimpft, um vom Tourismus zu retten, was noch zu retten ist. Bis Ende 2021 soll zudem die ganze in Betracht fallende Bevölkerung von Cabo Verde durchgeimpft sein, was etwa 360 000 Personen entspricht. ■

Nahende Wahlen

Das Wahljahr 2023 prägt bereits heute die Politik in Zimbabwe. Zwei Verfassungsänderungen zielen darauf ab, die Stellung des Staatsoberhauptes auszubauen. Genau solch weitgehende Vollmachten hatte die 2013 in einer Volksabstimmung angenommene Verfassung eingeschränkt. Die erste Verfassungsänderung passierte das Parlament im Mai. Sie gibt dem Staatsoberhaupt u.a. das Recht, Richter:innen ohne öffentliche Anhörung zu ernennen und ihre Amtszeit über das Pensionierungsalter hinaus zu verlängern. Noch nicht verabschiedet ist der «Patriotic Act», der Strafen für Personen vorsieht, welche dem Ansehen Zimbabwes schaden und Kontakte zu ausländischen Regierungen pflegen. Er zielt klar auf Kritiker:innen der Regierung. Im April beschloss das Kabinett sodann die Einführung eines «National Youth Training Program». Bereits 2001 hatte die damalige Regierung einen «National Youth Service» eingeführt, dessen Angehörige bald als Terrortruppe gegen Oppositionelle Furcht und Schrecken verbreiteten. Verständlicherweise wird jetzt Ähnliches befürchtet.

Der ZANU-PF ist es gelungen, die Opposition mit juristischen Mitteln weitgehend auszuschalten. Ein Gericht hat die Machtübernahme von Nelson Chamisa nach dem Tod von Oppositionsführer Tsvangirai in der MDC-A für statutenwidrig erklärt und das gesamte Eigentum der Partei einer rivalisierenden Fraktion übertragen. Ausserdem wurde die Wahl von MDC-A Parlamentarier:innen für ungültig erklärt. Auf diese Weise war es für die ZANU-PF ein Leichtes, sich die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung zu sichern. Die rivalisierende Fraktion verdankt ihre Position und die ihr jetzt zufließenden Mittel der Regierungspartei. Sie beisst die Hand nicht, die sie füttert. Einige Parlamentarier:innen der MDC-A haben sich zu einem Seitenwechsel entschlossen, um ihre Position zu halten. Die desolate Situation der Opposition hat zu einer Schwächung der ganzen Zivilgesellschaft geführt. ■

Kaliabbau in Colluli

Kali – auch Potassium genannt – ist ein wichtiges Düngemittel. Die Vorkommen sind weltweit auf wenige Lagerstätten verteilt. Gegenüber Europas grösstem Kaliproduzenten – Belarus – laufen aufgrund der autoritären Gewalt Herrschaft unter Lukaschenko Diskussionen über Exportsanktionen. 2022 wird mit Eritrea ein neuer Kali-Exporteur auf dem Weltmarkt aktiv. Nach rund zwanzigjähriger Projektierungs- und Entwicklungsarbeit wird in der Danakil-Depression die Colluli-Minengesellschaft mit dem Abbau beginnen. Die Gesellschaft ist ein Joint-Venture zwischen dem eritreischen Staat und der australischen Minengesellschaft Dankali. Beide halten je 50 Prozent der Aktien.

Gegenüber anderen Kaliförderern hat Colluli den Vorteil, dass das Kalisalz direkt an der Oberfläche liegt und damit im Tagebau gewonnen werden kann. In Russland muss Kali in 800 Meter Tiefe im Bergbau abgebaut werden, in Kanada sind es 900 bis 1100 Meter, in Grossbritannien 1400 bis 1500 Meter Tiefe. Zudem liegt Colluli verkehrstechnisch günstig. Bis zum Verschiffungsort Anfile, einem am Roten Meer in Bau befindlichen Hafen, sind es nur 75 Kilometer.

Trotzdem: Es bleiben viele Herausforderungen, namentlich im Energiesektor. Colluli liegt fernab von Energieerzeugern, weshalb nach neuen Lösungen gesucht werden musste.

Dabei bieten sich in der Danakil-Wüste Sonne und Wind an, für deren Nutzung die Schottland ansässige Firma zusammenarbeitet. Bedeutungsvoll ist auch die Geothermie. Colluli liegt am ostafrikanischen Rift-Grabenbruch. Sondierungen haben ergeben, dass Heisswasser mit einer Temperatur von 250 bis 300 Grad nutzbar gemacht werden kann. Ein weiteres Problem stellt mitten in der Wüste die Süsswasserversorgung dar. Für die Wasserversorgung wird in Zusammenarbeit mit einer südafrikanischen Firma Meereswasser aus dem Roten Meer durch eine Umkehr-Osmose entsalzt und nach Colluli geleitet.

Nächstes Jahr soll der Abbau beginnen. In einer ersten Phase sollen rund 470 000 Tonnen Kalium pro Jahr abgebaut werden, die bis zur Fertigstellung des Hafens von Anfile noch über das weiter entfernte Massawa verschifft werden müssen. Der Abbau kann später bis auf rund 950 000 Tonnen jährlich gesteigert werden. Die Vorkommen sollen für 200 Jahre reichen. Für Eritrea wird Colluli nach der Bisha-Mine (Gold, Kupfer, Eisenerz) der zweite grosse Entwicklungstreiber. Der Gewinn wird zwischen Eritrea und der Danakali-Gesellschaft aufgeteilt, zudem wird der Gewinnanteil von Danakali mit rund 40 Prozent besteuert. Noch offen ist, ob die auf der äthiopischen Seite der Danakil-Depression liegende Kalistätte ebenfalls angestochen wird, und ob der Export von dort auf dem kürzesten Weg über Eritrea erfolgen würde, was aufgrund der mittlerweile eingetretenen Entspannung im Verhältnis zwischen Eritrea und Äthiopien durchaus denkbar ist. ■

Mathieu Musey – eine unverarbeitete Tragödie

Bittere Erfahrungen eines afrikanischen Intellektuellen mit d

Der Fall des kongolesischen Philosophen Mathieu Musey hat in den 1980er-Jahren dem Ansehen der Schweiz massiv geschadet. Seine brutale Ausschaffung mitsamt der Familie nach Kongo-Kinshasa unter Bundesrätin Elisabeth Kopp ist bis heute nicht geklärt. Jetzt ist Mathieu Musey im Alter von 80 Jahren verstorben. Ein Rückblick von Ruedi Suter.

Etwas war mir klar, an diesem fahlen Novembertag im Jahr 1987: Die Schweizer Bundespolizei durfte mir keinesfalls folgen, auf dieser Autofahrt nach «Irgendwo». So verhielt ich mich wie in einem Überwachungsstaat – misstrauisch und heimlich. Entsprechend formulierte ich später auch die Reportage, die in verschiedenen Tageszeitungen erschien. «Irgendwo» lag in der Schweiz und symbolisierte eine Stadt, ein Dorf oder einen Weiler, wo sich die Familie Musey aus Zaire seit acht Monaten versteckt hielt.

Wo genau, wusste auch ich nicht – die Verbindungsleute, ehrbare Schweizer:innen, handelten vorsichtig, so als lebten sie in einer Diktatur. Der Untergrund, die letzte Zuflucht im Land, durfte nicht gefährdet werden. So wurden mir, nach monatelangem Warten, als einzigem Journalisten lediglich die Koordinaten eines geheimen Treffpunkts nahe von «Irgendwo» mitgeteilt – im Jura, wo mir der seit 17 Jahren in der Schweiz lebende und zur Ausschaffung ausgeschriebene Gesuchte Rede und Antwort stehen sollte.

Weissen» hätten machen können. Stattdessen verhalf ihm Rom zur vielleicht wichtigsten Erkenntnis seines Lebens: «Wenn doch Italiener, Belgier und Franzosen ihre Herkunft verteidigen, warum soll dann nicht auch ich auf meine afrikanische Identität stolz sein können? Erst seither fühle ich mich als vollwertiger Mensch und – als Afrikaner.»

1970 kam der Vielbegabte in die Schweiz. Was dann? Unvollständige Aufzählung: Dokortitel der Philosophie an der Universität Freiburg i. Ü. (1974), Arbeiten zu Claude Lévi-Strauss, Michel Foucault, Platon; Lehrer für Musik und Sprachen, Organist, Vatikan-Rundfunk-Mitarbeiter, Gymnasiallehrer in Bulle, Gastprofessor an den Universitäten Bern und Freiburg i. Br. sowie Professor für mathematische Logik an der Nationaluniversität von Zaire. Dort lehrte er die abendländische Philosophie, in Europa vermittelte er so pionierhaft wie mutig die afrikanischen Denkweisen.

Der Weitsichtige

Afrikaner sein – daraus machte Mathieu Musey Nina Eloki nie einen Hehl. Und daraus resultierte auch die besondere Qualität seiner Aussagen. Wenn er z. B. seinen Hörer:innen Unterschiede zwischen der europäischen und der afrikanischen Wahrnehmung auseinandersetzte. Da zögerte er nicht, von der europäischen zur afrikanischen Logik zu wechseln: «Ich glaube an die Gedankenübertragung. Warum auch nicht? Wenn in Zaire einer meiner Verwandten krank wird, erfahre ich dies im Traum. Als Afrikaner stehe ich mit den Toten in Verbindung. Ich habe auch schon mit meinen Eltern gesprochen. Das mögen Europäer als Spinnerei abtun – für uns Afrikaner ist es Realität.»

Der eigenwillige Gelehrte aus dem heutigen Kongo-Kinshasa eroberte die Herzen, indem er seine Vorlesungen zu unvergesslichen, zwischenkulturellen Begegnungen machte. So auch in Basel, wo Musey an Universität und Volkshochschule über «afrikanische Philosophie» sprach und wir uns, beide im selben Land geboren, kennenlernten. Und wo ihm vier bekannte Dozent:innen des Philosophischen Seminars den Rücken stärkten, überzeugt, dass die «lebensbedrohenden Probleme dieser Welt nur auf der Basis der Gemeinsamkeit» und der von Karl Jaspers geforderten Weltphilosophie gelöst werden könnten.

Anton Hügli, Arnold Künzli, Annemarie Pieper und Hans-Peter Schreiber waren überzeugt, dass Menschen wie Mathieu Musey «dringend» notwendig seien, um eine «zwischenmenschliche Verständigung über nationale und kontinentale Grenzen hinweg» sicherzustellen: «Menschen, die auf dem Boden des Prinzips der Humanität imstande sind, Brücken zu schlagen, Missverständnisse auszuräumen, Vermittlungs- und Versöhnungsstrategien im Dienst der Mitmenschlichkeit und Solidarität zu entwickeln», hielten sie in der «Basler Zeitung» fest.



Der kongolesische Philosoph Mathieu Musey
Nina Eloki verstarb am
15. Februar 2021 (Bild:
Ruedi Suter 1987).

Der Vielbegabte

Mathieu Musey Nina Eloki war eine so einnehmende wie vielseitige Persönlichkeit. Seinem scharfen, von Jesuiten gedrillten Denkvermögen war schwer beizukommen, seiner Warmherzigkeit kaum zu widerstehen. 1940 in Balibi südlich von Kinshasa geboren, lernte der aus einfachen Verhältnissen stammende Missionsschüler Französisch, Griechisch, Lateinisch und Holländisch. 13 Sprachen soll er insgesamt gelernt haben. So auch Italienisch während seiner Theologiestudien in Italien, die ihn mental endgültig zu einem «schwarzhäutigen

er Schweiz

Mobutu und Basel

Dass gerade auch in der «Humanistenstadt» am Rheinknie mit ihren Verbindungen nach Afrika Wirtschaftsinteressen vorherrschten, unterlag der diplomatischen Diskretion. Regelmässig besuchte Zaires Gewaltherrscher Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendu wa Zabanga (1930–1997) mit seinem Tross die Schweiz, belegte im Basler Hotel Hilton ganze Stockwerke, hielt Hof, empfing Banker, Wirtschaftskapitäne und Regierungsräte.

Am 5. Oktober 1977 liess es sich die Basler Regierung nicht nehmen, «General und Citoyen-Präsident Mobutu» im Regierungsratssaal zu empfangen, bevor es zu einem Mittagessen ging, «möglichst fettlos, ohne Saucen, dafür Salate, evtl. Wild». Zu guter Letzt übergab Regierungsratspräsident Arnold Schneider dem Diktator «eine Basler Goldmünze als Geschenk». Dieses mutierte in der Zaire-Presse flugs zur «Verleihung des Basler Bürgerrechts» an «unseren Revolutionsführer» Mobutu, der früh schon abgezweigte Riesensummen auf Schweizer Banken parkierte.

Der Leidensweg des Philosophen Musey begann 1982, als ihn Zaire zum Regimegegner erklärte. Das hierauf von der Schweizer Bundesanwaltschaft empfohlene Asylgesuch lehnte er ab, da er keinen Flüchtlingsstatus wollte. Der Fehler seines Lebens? Jedenfalls wurde sein Einbürgerungsgesuch verworfen. Ebenso sein 1985 nachträglich eingereichtes Asylgesuch wegen lebensbedrohender Umstände in Zaire, welche die Schweizer Botschaft in Kinshasa kategorisch bestritt. Dies trotz der Tatsache, dass sich Musey, der scharfzüngige Denker, unterdessen politisiert hatte und sich im Welschland als Bildungs- und Forschungsminister einer Zaire-Exilregierung aufstellen liess.

Gepackt und ausgeschafft

Am 28. Februar 1987 tauchte Mathieu Musey mit seiner Familie unter – für zehn Monate in «Irgendwo». Dass dies ein Bauernhaus der Mennonitenfamilie Burkhalter im jurassischen Weiler Les Ecorcheresses war, erfuhr ich erst am 11. Januar 1988, dem Datum der Schande für die schweizerische Asylpolitik: Die Polizei nahm die Familie im Versteck fest, transportierte sie per Helikopter auf den Armeeflugplatz in Payerne, zwang sie in einen Privatjet und schaffte sie nach Kinshasa aus. Der Aktion soll u. a. ein Treffen zwischen Peter Arbenz, dem Delegierten für das Flüchtlingswesen, und dem Chef des zairischen Geheimdienstes vorausgegangen sein. Dieser habe versprochen, dass den Museys nichts geschehen werde.

Der über Jahrzehnte dauernde Einfluss des Kleptokraten Mobutu auf die Schweizer Politik und Wirtschaft dürfte letzten Endes auch den am Ende völlig kompromisslosen Umgang mit der Causa Musey durch die zuständige Bundesrätin Elisabeth Kopp bestimmt haben. Nichts hatte geholfen, eine humane Lösung zu finden – keine Proteste, keine Interventionen durch Flüchtlingsorganisationen, keine parlamentarischen Vorstösse, keine Briefladungen von Helfenden wie dem besonders engagierten Immenseer Pfarrer Stephan Schmid-Keiser. Aber auch keine Fakten, wonach das Asylverfahren fehlerhaft sei, keine Hilfeleistungen durch Universitätsangehörige und auch keine Petitionen mit Tau-

senden von Unterschriften, die wenigstens eine offene Internierung der Familie verlangten. «Bern» blieb hart – der als aufmüpfig empfundene Afrikaner hatte zu verschwinden.

Geheimer «Fall Musey»

Der Ausschaffung der Familie Musey folgten heftige Proteste und Debatten, mit einigen Auswirkungen auf die Asylpolitik. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung, so zeigten repräsentative Umfragen, kritisierten das Vorgehen von Kopp und Arbenz. Bis heute werden vergebens die Offenlegung aller Gründe für die Rückschaffung gefordert.

Jonathan Pärli, Zürcher Historiker und spezialisiert auf die Schweizer Asylgeschichte, versucht seit Jahren, auf juristischem Weg an die Akten im Bundesarchiv zu kommen. Doch die «Akte Musey» bleibt unter Verschluss. Pärli interessiert insbesondere, ob die auch vom UNO-Hochkommissar kritisierte Ausschaffung (Verletzung der Genfer Konvention) legal war und die Schweiz nicht fahrlässig das Leben des Intellektuellen und seiner Familie aufs Spiel setzte.

Mathieu Musey hat wider Erwarten bis am 15. Februar 2021 überlebt – bis zu Mobutus Sturz im Mai 1997 weitgehend isoliert, krank und in bitterer Armut. Er und seine Familie waren bis zu seinem Tod auf Hilfe von Kirchen und Unterstützenden angewiesen. Ab 1999 hatte er wieder Zugang zur Universität in Kinshasa, Freund:innen, Kirchen- und Medienvertreter:innen konnten ihn besuchen, aber wirklich erholt hat sich der schwer gezeichnete Philosoph nicht mehr.

Schwindende Humanität

1989 rechnete Musey mit der Schweizer Asylpolitik ab, in seinem Buch «L'asile en Suisse. Nègres s'abstenir». Darin warnt er eindringlich vor dem Zerfall der humanitären Tradition unseres Landes. Sie drohe angesichts der harten Fremdenpolitik und der Gleichgültigkeit vieler Schweizer gegenüber dem Leid misshandelter Völker «zur Legende» zu verkommen. Haben wir seither dazu gelernt?

«Durch die Kolonisation haben die Afrikaner Europa besser kennen gelernt als die Europäer Afrika.» Dieser Satz ist mir seit den klandestinen Treffen mit Mathieu haften geblieben. Die Schweiz, das Land ohne Kolonien, hätte sich im Falle dieses Philosophen grossherzig verhalten müssen. Stattdessen hat die Landesregierung mit ihrer «ersten Eva» (Musey) krachend versagt. Würdelos hat sie die Gewalt der Menschlichkeit vorgezogen – zu unserem immerwährenden Schaden. ■

Ruedi Suter, geboren im Kongo, hat sich als Journalist und Autor sein Leben lang mit Afrika auseinandergesetzt. Er ist Redaktor des Artenschutzmagazins «Habari» und Mitglied des Afrika-Komitees. Kontakt: ruedi.suter@mediaspace.ch.

Literatur

Buchbesprechungen



Herkunft, Geschlecht, Identität

ea. Wie fühlt es sich an, als schwarze Frau in einer Gesellschaft voller weisser Privilegien aufzuwachsen? Über diese Frage hat die Booker Preisträgerin Bernardine Evaristo nicht nur ein Buch, sondern eigentlich zwölf Geschichten in einem gross angelegten Panorama geschrieben. Die vorgestellten Frauenschicksale könnten hierbei nicht unterschiedlicher sein und sind so komplex angelegt, dass man nicht umhin kommt zu fragen, wie kann ein schwarzes Mädchen, eine Frau etc. die Gesellschaft erfahren und dabei trotzdem positiv bleiben?

Da ist Amma, eine lesbische Mutter, Freundin, Verbündete, etc., die mit ihrem Theaterstück kurz vor dem Durchbruch steht und ihre Tochter Yazz zu einer unabhängigen Feministin erziehen möchte. Yazz, erst 19 Jahre alt, entdeckt gerade das Uni-Leben. Belehrt dabei ganz gerne ihre Kommiliton:innen über den wahren Kern des Privilegs und sagt dabei Sätze wie «klar, Court, aber ich bin schwarz, dadurch werde ich stärker diskriminiert als alle, die das nicht sind, ausser Waris, die wird von uns allen am meisten diskriminiert (aber sag ihr das bloss nicht) in fünf Kategorien: schwarz, Muslima, Frau, arm, verschleiert».

Evaristo lässt diese Aussagen bewusst plakativ im Raume stehen. Dabei ist es nicht Unreflektiertheit, die sich hier den Weg bahnt, sondern die inszenierte Wahrnehmung von Frauen, die aufgrund ihrer Herkunft, Sexualität, etc. als pars pro toto ihrer Gruppenzugehörigkeit und den vielen Nuancen dazwischen sprechen und handeln. Warmherzig, drastisch und in bestechender Selbstironie gelingt ihr hierbei ein kleiner Geniestreich, der nicht nur dadurch einen Spannungsbogen generiert, dass er fast vollkom-

men ohne Zeichensetzung auskommt, sondern durch die Verschmelzung einer Frauen-Community zu einem Schicksal als schwarze Frau. ■

Bernardine Evaristo: Mädchen, Frau etc. Übersetzt durch Tanja Handels. Berlin 2021 (Tropen).

Der Untergang

sg. Dieser zweite Teil einer tausendseitigen Historie Mia Coutos erzählt die endgültige Zerstörung des Gaza-Reiches durch die portugiesischen Besatzer der Küsten von Mozambique ab 1895. Die eigentlichen Kriegshandlungen werden zwar durch die Briefe zweier Offiziere der portugiesischen Armee nachgezeichnet, doch selbst in diesen tritt die besondere Erzählweise Coutos hervor: Nicht die trockenen Fakten, sondern das individuelle Erleben der Personen, geprägt durch die Verfasstheit, den Ehrgeiz oder die Schwerkraft dieser Charaktere, tritt in den Vordergrund. Zwischen die Briefe schiebt sich das Erleben der kleinen Imami, der Hauptfigur des Romans. Sie ist die Tochter eines kleinen Chiefs der VaChopi, einem Volk, das sich nach der grausamen Eroberung durch die VaNguni, den Kriegern aus dem Zulu-Reich, den Portugiesen als Verbündete angeboten hatte. Diese liessen Imami das Privileg einer Erziehung in einem katholischen Internat angedeihen, was ihr, zusätzlich zu einer Liebschaft mit einem portugiesischen Offizier, eine schmerzvoll gespaltene Identität einbringt. Sie muss dem Militär als Übersetzerin dienen und erlebt zugleich, wie ihre Leute ihre offensichtliche Ohnmacht mit traditionellen Prophezeiungen und Projektionen uminterpretieren, weil der Machtverlust nicht fassbar ist. Daraus resultiert keine Strategie, sondern sprunghafte Handlungen und Kehrtwendungen, eine davon der Entscheid von Imamis Vater, sie dem gefangenen Nguni-König

zur siebten Frau zu geben. Zusammen mit dessen Tross wird sie als Gefangene ins Exil geschickt, wobei ihr Zugang zu den Militärs ihr sogleich Klarheit über das Verhängnis gibt. Sie erlebt schliesslich, dass auch ihre Bildung und Anpassung das Verdikt ihrer schwarzen Haut nicht aufheben, und Verrat an dieser nichts kostet. ■

Mia Couto: Asche und Sand. Übersetzt durch Karin von Schweder-Schreiner. Zürich 2021 (Unionsverlag).

Ein Kameruner bei den Helvetier:innen

ef. In der Romandie ist Max Lobe bekannt als Autor mehrerer Romane, als Moderator und Kommentator. Zurzeit macht er von sich reden mit seinem neuesten Buch «La promesse de sa Phall'Excellence», einer Politfarce, in der er den kamerunischen Langzeitherrscher Paul Biya mit karnevalesker Übertreibung und sprachlichem Furor an den Pranger stellt.

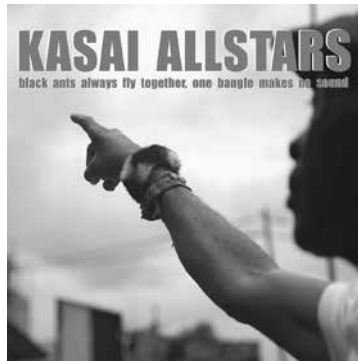
Umso erstaunlicher, dass erst seit Kurzem ein Buch des Schriftstellers, der in Kamerun aufgewachsen ist und seit seinem 18. Lebensjahr in der Schweiz lebt, auf Deutsch verfügbar ist. Mwána, das Alter Ego Lobes, erzählt darin von seinem Leben bei den Helvetier:innen. Trotz seines abgeschlossenen Studiums hat er noch keine Stelle gefunden und muss sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser halten. Sein Partner Ruedi, der rothaarige Bündner Student, trägt kaum etwas zum gemeinsamen Haushalt bei und will um keinen Preis seine wohlhabenden Eltern um Unterstützung bitten. So machen die beiden Bekanntschaft mit der Essensausgabe für Bedürftige und dem Sozialamt. Schliesslich bekommt Mwána eine befristete Stelle bei einer kleinen NGO, die gegen die Initiative kämpft, bei der weisse Schafe das schwarze aus dem Feld kicken. Mwánas fromme Schwester Kosambela arbeitet im Tessin als Putzfrau in



einer Klinik. Doch die Beziehung zu ihr ist ziemlich frostig geworden, seit Tante Bôthongi in Genf ihn mit Ruedi sah, händchenhaltend, und dies ein paar Stunden später ganz Kamerun wusste.

Das wird alles in einem heiteren, eigenwilligen Ton erzählt. Gleichzeitig widerspiegelt Mwánas Erzählung seines Lebens bei «seinen entfernten Cousins» einen unverstellten Aussenblick auf die Schweizer Realität, der ironisch, aber nie sarkastisch ist, geprägt von Offenheit und Liebe zu den Menschen. Berührend beschrieben sind die Begegnungen Mwánas mit seiner Mutter, die mit einer schweren Krebserkrankung in der Tessiner Klinik behandelt wird. Wird sie genesen? Dank der europäischen Medizin, dank Kosambelas Gebeten oder am Ende doch dank Nzambé, Elôlombi und Bankóko, den drei kamerunischen Gottheiten? ■

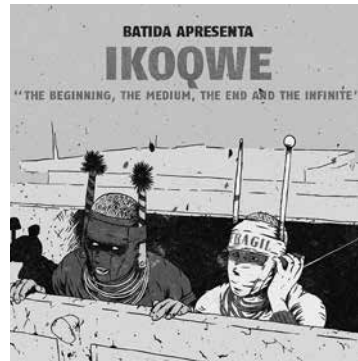
Max Lobe: *Drei Weise aus dem Bantuland*. Übersetzt durch Katharina Triebner-Cabald. München 2020 (Austernbank Verlag).



Neue Musik aus dem Kongo und Angola

Die Kasai Allstars touren erfolgreich in aller Welt, viel beachtet mit ihren Congotronics Projekten. Dazu spielen sie eine wichtige Rolle im Spielfilm «Félicité» von Alain Gomis der mit dem Silbernen Bären ausgezeichnet wurde. Der Film basiert auf der Figur der Kasai Allstars-Sängerin Muambuyi und ein grosser Teil der Filmmusik stammt von den Allstars. Elektrische Gitarren, traditionelle Trommeln und verzerrte Daumenklaviere erzeugen eine betörende Stimmung. Produziert vom Gitarristen Mopero Mupemba machen die Allstars einen vertrackten Elektro-sound mit aufgestellten Gesängen: Trance, rituelle Musik und Polyrythmen in einer faszinierenden Schnelligkeit. Auch textlich sind die Allstars etwas Besonderes. Songs für Gemeinschaft mit einem Schuss Mystik. Die Kasai Allstars verstehen sich als Kollektiv. Entstanden aus fünf Bands der kongolesischen Region Kasai und dazu noch aus fünf verschiedenen ethnischen Gruppen. So werden durch Zusammenarbeit ethnische Barrieren überwunden.

Neben Mopero Mupemba wirken unter anderem die grosse Sängerin Muambuyi, der Sänger und Likembe-Spieler Kabongo, der Xylophon-Spieler Bayila Tshilumba und die Sängerin Bijou mit. Aufgenommen wurde die neue Platte «Black ants always fly



together, one bangle makes no sound» in Kinshasa. Grundlage ihrer Musik sind die kulturellen Traditionen der Luba, Songye und Telela, verbunden mit moderner Intensität. Rau und nie überladen.

Batida apresenta Ikoqwe fallen schon mit dem Cover von «The beginning, the medium, the end and the infinite» auf. Ikoqwe steht für zwei funktionale, aus einer anderen Zeit und Welt stammenden Charaktere. Mit elektronischer Musik, Hip Hop, traditionellen angolanischen Musikinstrumenten und einer Spur Dancehall Reggae entsteht hochaktuelle Musik. Produzent Batida ist ein in Angola geborener Musiker. Rapper ist der angolansische Aktivist Iko, auch genannt Ikonoklasta. Ikoqwe ist ein radikaler Mix aus klassischem Hip Hop und traditioneller angolanscher Musik. Dazu kommt Sound von Feldaufnahmen des Ethnomusikologen Hugh Tracey, aufgenommen in den 1950er Jahren in Angola. Mit den traditionellen Instrumenten Ngoma, Dikanza und Kissange. Dazu gibt es auch noch sonderbare Radio-klänge. Die Vocals sind im angolanschen Slang, sowie in Umbundu, Portugiesisch und Englisch. Neokolonialismus, Ungerechtigkeiten, vertuschte Geschichte sind die Themen. Dabei werden utopische Lösungen gesucht. Am Song «Falta Muito?» ist der südafrikanische Künstler Spoek Mathambo beteiligt. ■

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch, www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

Kasai Allstars: *Black ants always fly together, one bangle makes no sound*. CD und Vinyl. 2021. Crammed Discs/Irascible.

Batida apresenta Ikoqwe: *The beginning, the medium, the end and the infinite*. CD und Vinyl. 2021. Crammed Discs/Irascible.

Action days for racial justice:

«Wir sind nicht allein in unserem Kampf...»

rjsc. Das Racial Justice Student Collective ist eine Gruppe von Schwarzen Menschen, Indigenen Personen, People of Color und weissen Verbündeten, die sich mit systemischem Rassismus inner- und ausserhalb der Schweizer Universitäten auseinandersetzt, diesen überwinden möchte, und die Zusammenarbeit mit antirassistischen Organisationen in der Schweiz anstrebt. Die Gruppe ist von und für Studierende organisiert und hat in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich des Masterstudiengangs «Critical Urbanisms» an der Universität Basel eine Reihe von Verpflichtungen formuliert. Das Dokument kann auf der Website www.criticalurbanisms.philhist.unibas.ch eingesehen werden.

Das detaillierte Programm ist auf der Webseite des Kollektivs einsehbar.

Sowohl inner- wie ausserhalb der Universität ist die Produktion und Vermittlung von Wissen weitgehend in der Hand von weissen Cis-Männern – selbst dann, wenn spezifische Erfahrungen von BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) adressiert werden. Die Action days for racial justice stellen die Erfahrungen und das Wissen von BIPOC und ihre essentiellen wissenschaftlichen und aktivistischen Beiträge zur Thematisierung des strukturellen Rassismus in der Schweiz und darüber hinaus ins Zentrum. Referierende und Teilnehmende betonten, dass es ihnen Kraft gab, sich über Generationen, Kontinente, Regionen und Fachbereiche hinweg zu vernetzen und ihnen zuvor nicht be-



links:

Workshop zum Thema «Acknowledging Racism in Switzerland» in der Roten Fabrik Zürich (Bild: Leandra Choffat).

rechts:

Die Action days for racial justice fanden online und in Zürich statt (Bild: Naomi Samake 2021).

Vom 11. bis 13. Juni 2021 führte das Racial Justice Student Collective sowohl online wie auch vor Ort in Zürich Aktionstage durch, an welchen rund 150 Personen teilnahmen. Ziel der Aktionstage war, Theorie und Praxis zu verbinden, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen zusammenzubringen sowie Aktivist:innen für die Antirassismuserbeit zu mobilisieren. Podiumsdiskussionen befassten sich mit den Themen «A decolonial, anti-racist movement in Switzerland», «Learning to un-learn – Structural and institutional racism in Swiss education», «Decolonize the university – Mobilizing in, around and beyond the university», «Creating alternative spaces of care, Resistance and joy». Die Themen «Black trans lives matter», «Acknowledging racism in Switzerland», «Coping with white academia», «Community organizing», «Access to the university» und «Activating white accomplices» wurden in Workshops diskutiert. Zusätzlich lancierte die Allianz gegen Racial Profiling im Rahmen der Aktionstage eine Kampagne, die Gerechtigkeit für Wilson A. fordert, der in Zürich brutale Polizeigewalt erfuhr (#justiceforwilsonnow).



kannte Aktivist:innen zu treffen. Die Aktionstage eröffneten auch individuelle Räume für BIPOC um gemeinsam in einen Austausch zu treten und für weisse Personen, um den eigenen Lernprozess voranzutreiben. Eine Aktivistin sagte rückblickend: «Wir sind nicht alleine in unserem Kampf...»

Durch neugeknüpfte Beziehungen und Mobilisierung haben die Aktionstage den Weg für weiterführende Aktionen geebnet. Im Rahmen der Access to the university campaign (#openup) wird die Gruppe ihre Arbeit weiterführen, aber auch bei anderen Kampagnen und Aktionen gegen jede Form von Rassismus auftreten. Bei Interesse am Kollektiv, Ideen für weitere Projekte, Kritik oder Anregung ist die Gruppe per Mail (rjsc@immerda.ch) erreichbar und auf Facebook oder Instagram (Racial Justice Student Collective) präsent. ■

Webseite: www.rjsc.space